

## **„Jetzt gibt es kein Pardon mehr“**

### **„Massenstreik und Schießbefehl“: Ein neues Buch zu den Märzkämpfen 1919 in Berlin und den Massakern der Regierungstruppen**

*Redaktionskollektiv der RHZ*

*„Wichtige Aspekte lokaler Geschichte sichtbar machen“ soll die neue Reihe Lo.g.o., deren ersten Band die „edition assemblage“ Ende vergangenen Jahres vorgelegt hat. Mit den bisher in den Betrachtungen zu Novemberrevolution und früher Weimarer Republik wenig beachteten Märzkämpfen 1919 in Berlin geht der Autor Dietmar Lange gleich ein Thema an, das einen zeitlich zwar sehr kurzen Aspekt Berliner Geschichte darstellt – allerdings einen Aspekt mit enormen Auswirkungen auf die Fortführung der Revolution oder vielmehr ihre blutige Erstickung durch die SPD im Bündnis mit den alten Eliten und den neuen Freikorps.*

„Massenstreik und Schießbefehl“ ist ein sehr gut lesbares und höchst informatives Werk, das nicht nur Abscheu über das reaktionäre und äußerst brutale Vorgehen der Mehrheitssozialdemokratie hervorruft, sondern auch ausführlich und dennoch klar die Hintergründe, die Rahmenbedingungen und die Folgen der Auseinandersetzungen vom März 1919 analysiert. Wichtig ist der Band, weil er die Berliner Märzereignisse aus dem Schatten holt, in dem sie oft stehen – dem Schatten von Novemberrevolution, Spartakusaufstand, Münchner Räterepublik und Kapp-Putsch. Doch in diese recht unvollständige Kette gehören die Märzkämpfe unbedingt hinein, die zeitlich parallel mit der Räterepublik in München und den Massenstreiks und Kämpfen im Ruhrgebiet und dem damaligen Mitteldeutschland liefen. Denn einerseits waren sie notwendige Folge der vorangegangenen Ereignisse, andererseits legte die SPD-Regierung hier erstmals Maßnahmen auf, die oft auch die späteren Kämpfe maßgeblich prägen sollten: Noskes berühmter Schießbefehl, die Massenexekution von Gefangenen, Artillerie- und Luftangriffe auf Wohnviertel und anderes mehr.

Dietmar Lange zeigt den geneigten Leserinnen und Lesern recht eindrücklich und verständlich die sozialökonomische, die politische und die militärische Situation in Berlin bei Beginn des Generalstreiks. Die Ausrufung der Republik und das Kriegsende lagen

keine vier Monate zurück, der Spartakusaufstand und die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs nur knapp zwei Monate. Die Berliner Arbeiterschaft war bis weit in die Mitgliedschaft der Mehrheits-SPD (1) in höchstem Maße enttäuscht und erbost über den nicht oder nicht ausreichend erfolgenden Umbau des Systems, über das wiedergefundene und demonstrativ gezeigte Selbstbewusstsein der alten Eliten, über Hunger und Elend, schlicht: über das immer offener gezeigte Ausbremsen und Abwürgen ihrer Revolution durch die SPD-Führung und das offene Marschieren der Konterrevolution. Ausgestattet mit dieser Enttäuschung, mit klareren und weiterreichenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Forderungen als noch im November 1918 und mit der Erkenntnis, dass Rätssystem und Sozialisierung unbedingt erreicht werden mussten, riefen die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte für den 4. März 1919 zum Generalstreik auf.

### **Verschärfter Belagerungszustand und Besetzung Berlins**

Neben der Unterstützung der Streikbewegung in Sachsen und Thüringen(2) sollte der Berliner Streik verschiedene Forderungen durchsetzen, so die von der Regierung bisher verweigerte Anerkennung der Richtlinien über die Räte, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Bildung einer Roten Garde und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland. „Das ökonomische Kampfmittel des Streiks war (...) das wirksamste politische Druckmittel der Arbeiterinnen und Arbeiter“ zur Durchsetzung dieser Forderungen, führt der Autor aus. Die Streikforderungen, die ähnlich auch in den anderen Kämpfen im Reichsgebiet gestellt wurden, beantwortete die SPD-Regierung aus Furcht vor der Abkehr vom so lieb gewonnenen parlamentarischen System und aus „Angst vor dem totalen wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenbruch nach der Kriegsniederlage“, so Lange, mit militärischen Mitteln.

Kaum war der Streikaufruf am Abend des 3. März veröffentlicht, zog Reichswehrminister Gustav Noske mit Billigung des SPD-Kabinetts einen bereits vorbereiteten Plan aus der Schublade und setzte die frisch gebildeten Freikorps in Marsch, um Berlin zu besetzen. Mehr noch, Noske bat die Militärs, die eben noch in Belgien, Nordfrankreich und anderswo gewütet hatten, den Belagerungszustand auszurufen und, schlimmer noch, stillschweigend nach den Regeln des verschärften Belagerungszustands zu verfahren(3). Die eben im Windschatten einer Revolution gegen Krieg und Kaiser an die Regierung gelangte SPD setzte gegen die streikende Zivilbevölkerung eine bestens ausgerüstete Bürgerkriegsarmee ein – Dietmar Lange nennt „zahlreiche Maschinengewehrformationen

(...), Feldkanonen und -haubitzen, 16 Flammenwerferabteilungen, eine Reihe leichter und schwerer Minenwerfer, drei Fliegerabteilungen, eine Jagdstaffel und eine Tankabteilung“.

Dankenswerterweise setzt der Autor die dann geschilderten Ereignisse immer wieder in Bezug zu den zeitgleichen Entwicklungen anderswo im Reich, etwa zur Bremer Räterepublik oder zur Ermordung Kurt Eisners. Ein Exkurs beleuchtet, was die SPD-Führung als „Kabinett in der Krise“, das nach Langes Worten kurz vor dem Sturz stand, dazu brachte, auf ihre eigenen Mitglieder schießen zu lassen (4). Während das Bürgertum die Errichtung einer Militärdiktatur forderte, biederten sich Ebert, Scheidemann, Noske & Co. bei eben dieser alten Elite an: „Wir halten ihnen die Arbeiter vom Halse“, zitiert der Autor einen hohen SPD-Funktionär.

Die Ereignisse der Streikwoche legt Dietmar Lange ebenso umfassend wie informativ dar, was unter anderem durch einen Übersichtsplan über die Polizeireviere in den östlichen Stadtteilen unterstützt wird. Denn während wie geplant fast sämtliche Arbeitsbereiche in Berlin in den Ausstand treten, entlädt sich die aufgestaute Wut der Berliner Bevölkerung: Allein am 3. und 4. März werden 32 Polizeireviere gestürmt und die Waffen verteilt. Teilweise kommt es zu Übergriffen auf einzelne Polizisten, teils auch zu Plünderungen, insbesondere am Alexanderplatz, wo sich in den ersten Streiktagen riesige Menschenmengen aufhalten. Ohne übermäßige Spekulation geht der Autor des Buchs in diesem Zusammenhang auch ausführlich auf die Wahrscheinlichkeit des massiven Einsatzes von agents provocateurs ein.

### **Verhaftungslisten für Kommunist\_innen, Intellektuelle und Dadaist\_innen**

Als höchstwahrscheinliche Provokation mindestens mit Billigung Gustav Noskes stellt sich für den Autor dar, wie die bereits stark beschnittene revolutionäre Volksmarinedivision (VMD) am 5. März zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz beordert wurde – angeblich, um dort Ordnung herzustellen, in Wirklichkeit aber, um dort „aus Versehen“ mehrfach von Freikorps angegriffen zu werden. Die vorhergehenden Unruhen und nun das Gefecht zwischen revolutionären Restverbänden und (für den Moment) regierungstreuen Freikorps dienten als Begründung, alle Maßnahmen, die der verhängte Belagerungszustand erlaubte, voll auszunutzen und selbst noch zu überschreiten: militärische Besetzung der gesamten Stadt, insbesondere der Arbeiter\_innenquartiere, standrechtliche Erschießungen(5), „Schutzhaft“ nach vorbereiteten Listen mit KPD-Funktionären/-innen,

missliebigen Intellektuellen und sogar bekannten Dadaisten, Fliegerangriffe auf Menschenmengen, Zerschießung ganzer Straßenzüge ...

Wie sich die Kämpfe rund um den Alexanderplatz nach vier Tagen weiter nach Osten, schließlich nach Lichtenberg verlagern; wie die Truppen mit Kampfdoppeldeckern, Minenwerfern, Geschützen und Flammenwerfern gegen Arbeiter\_innenmilizen und Wohnbevölkerung vorgehen, die schlicht ihre Straße, ihren Block gegen die marodierenden Freikorps verteidigen; wie ungezählte Menschen, Kämpfer/-innen und völlig Unbeteiligte, unter höchst fadenscheinigen oder ganz ohne jeglichen Grund misshandelt und ermordet werden; wie Streikposten vom Militär festgenommen und Betriebe besetzt werden, all das legt Dietmar Lange anschaulich und recht sachlich dar. Die Kapitelüberschrift „Der weiße Terror“ ist angesichts der hier geschilderten Gräueltaten gegen Ende des Streiks und vor allem danach noch sehr zurückhaltend gewählt. Nicht umsonst schreibt der Autor weiter oben, dass sich insbesondere nach Noskes Schießbefehl vom 10. März (6) der „vorher schon brutal geführt(e) Einsatz in einen regelrechten Vernichtungsfeldzug verwandelte“. Begleitet von Massenexekutionen und Artillerie- und Luftangriffen auf Wohnblöcke konnten altes Militär und neue Freikorps nun endlich die Berliner Bevölkerung und die nach der Revolution gebildeten Kampfverbände rücksichtslos entwaffnen, die Volksmarinedivision zerschlagen und die Arbeiter- und Soldatenräte in die Bedeutungslosigkeit schießen.

Die mediale Hetzkampagne insbesondere nach dem völlig frei erfundenen „Lichtenberger Polizistenmord“ vom 9. März (7) und die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Militär und Regierung werden ebenfalls sehr anschaulich dargestellt. Die immer wieder eingestreuten Zitate aus zeitgenössischen Publikationen und Berichten machen dabei die Stimmung auf beiden Seiten nachvollziehbar, so wenn Polizisten, Freikorpsoldaten und Reaktionäre pauschal als „Noske-Truppen“ oder „die Noskes“ bezeichnet werden.

Noske selbst gab die Zahl der Toten in den Berliner März-kämpfen mit 1200 an, wovon weniger als 100 Verluste der Regierungstruppen waren. Dietmar Lange erinnert aber daran, dass viele Tote nach schwersten Misshandlungen nicht identifiziert werden konnten oder gar nicht gezählt wurden, da sie in Massengräbern verscharrt oder in die Spree geworfen wurden, in der noch Wochen später aufgedunsene Leichen trieben.

**„Da gelten Paragraphen nichts, da gilt lediglich der Erfolg“**

Noske jedenfalls stellte sich nach den Massakern am 27. März 1919 in Weimar vor die Nationalversammlung und erwiderte auf Kritik selbst aus den eigenen Reihen: „Da gelten Paragraphen nichts, da gilt lediglich der Erfolg, und der war auf meiner Seite.“<sup>(8)</sup> Der so erfolgreiche Schießbefehlerlass wurde zwar am 16. März offiziell aufgehoben. Doch bei späteren Kämpfen, im Ruhrgebiet etwa oder bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik, erschossen Freikorps und andere reaktionäre, von der Regierung in Marsch gesetzte Verbände ohne Verfahren Tausende, wohl wissend, dass Noske und das gesamte Kabinett ihnen Rückendeckung gäben. Der Belagerungszustand über Berlin wurde, darauf weist Lange zurecht explizit hin, erst am 5. Dezember 1919 aufgehoben: „Faktisch befand sich die Stadt damit bis zum Kapp-Putsch im März 1920 fast durchgehend unter Kriegsrecht. Den Militärs musste die volle Übernahme der politischen Macht nur noch als eine leicht durchzuführende Selbstverständlichkeit vorkommen (...)“.

Zusammenfassend konstatiert der Autor, „dass der Einsatz der Freikorps die Kämpfe erst zum Eskalieren brachte und den bewaffneten Widerstand der Arbeiterschaft hervorrief, mitnichten also einen Bürgerkrieg oder größeres Blutvergießen verhinderte“ und dass damit durch die SPD-Führung „erst ein Zustand willkürlicher Gewaltanwendung und die Verbreitung des Terrors als Mittel der politischen Auseinandersetzung herbeigeführt wurden“. Regierung und Militär jedenfalls waren mit den Ergebnissen der Berliner Märzkämpfe sehr zufrieden. Noske habe „ein Exempel an der revolutionären Arbeiterschaft statuiert“, schreibt Lange, das denn auch in München, an der Ruhr und anderswo wiederholt werden sollte: Nach Abschluss der Kämpfe in Berlin gab die Militärführung Empfehlungen für zukünftige Auseinandersetzungen heraus. Dort heißt es, gleich unter dem ersten Punkt:

„Je schärfer die Mittel, umso schneller der Erfolg. Deshalb keine halben Massnahmen wie Schreckschüsse, Manöverkatuschen usw. Infanterie- und M. G. Feuer, gegen das sich der Gegner hinter Häuserecken und Barrikaden schützen kann, machen wenig Eindruck. Artillerie- und Minenfeuer, gegen den es im Strassenkampf keinen Schutz gibt, schafft in kürzester Zeit Ordnung.“

Lange, Dietmar: Massenstreik und Schießbefehl – Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919; Berlin 2012, Edition Assemblage, Brosch., 176 S., ISBN 978-3-942885-14-0, 19,80

Euro.

### **Anmerkungen:**

(1) MSPD, im Unterschied zur abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei USPD.

(2) Die in Weimar tagende Nationalversammlung war durch die Streiks zeitweise vollständig von Eisenbahn-, Post- und Telefonverbindungen abgeschnitten.

(3) Nach dem preußischen Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 ging die vollziehende Gewalt auf den örtlichen Militärbefehlshaber über, hier Noske. Dieser war dadurch ermächtigt, nach eigenem Ermessen sämtliche zivilen Kompetenzen an sich zu ziehen. Im verschärften Belagerungszustand konnte er auch einzelne Grundrechte der preußischen Verfassungsurkunde außer Kraft setzen. Obwohl nur der einfache und nicht der verschärfte Belagerungszustand verkündet wurde, ließ Noske die Artikel 5, 6 (persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung), 7 (ordentliche Gerichtsbarkeit), 27, 28 (Freiheit der Presse), 29, 30 (Vereins- und Versammlungsrecht) und 36 (Beschränkung militärischer Befugnisse) außer Kraft setzen. Außerdem verbot er u.a. öffentliche Versammlungen, neue Zeitungen. „Damit war faktisch eine Militärdiktatur in Berlin verkündet worden“, so Dietmar Lange.

(4) Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal.

(5) Wurden anfangs noch Kriegsgerichtsverfahren durchgeführt und standrechtlich vollstreckt, wurden in den folgenden Tagen zunehmend Personen, egal ob kämpfende, sympathisierende oder einfach vorbeikommende unbeteiligte, ohne jegliches Verfahren an Ort und Stelle exekutiert.

(6) „Die Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl: Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“ Befehl des Reichswehrministers Gustav Noske, 10. März 1919.

Am selben Tag gab Hauptmann Waldemar Pabst, faktischer Oberbefehlshaber der in Berlin eingesetzten Truppen und mit Noske Auftraggeber der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, folgenden Zusatzbefehl heraus, der Erschießungen befahl, selbst wenn Personen nicht „mit der Waffe in der Hand“ angetroffen wurden:

„Wer sich mit Waffen widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer, dass das geschieht, dafür ist jeder Führer mit verantwortlich.“ Ferner sind aus Häusern, aus welchen

auf die Truppe geschossen wurde, sämtliche Bewohner, ganz gleich ob sie ihre Schuldlosigkeit beteuern oder nicht, auf die Straße zu stellen, in ihrer Abwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen, verdächtige Persönlichkeiten abzusuchen, Personen, bei denen tatsächlich Waffen gefunden werden, zu erschiessen.“

(Unterstreichungen im Dokument)

(7) Die bürgerlichen Zeitungen wie auch der *Vorwärts* schrieben, Spartakisten hätten bei der Besetzung des Lichtenberger Polizeipräsidiums 150 Polizisten bestialisch ermordet. Tatsächlich war ein Polizist in dem vorhergehenden Gefecht gestorben, ein weiterer wurde von einer Menschenmenge so schwer verprügelt, dass er später starb. Tatsächlich wurden alle Polizisten, die sich den so genannten Spartakisten ergeben hatten, bald freigelassen oder ins Lazarett gebracht.

(8) Im Übrigen verteidigte auch Reichspräsident Friedrich Ebert das Vorgehen der Truppen in Berlin und empfahl es für die bevorstehende Liquidierung der Münchner Räterepublik.

**Zitate zur Auflockerung** anstatt oder ergänzend zu den Zwischentiteln. Beziehen sich lose aufeinander, müssen aber nicht alle rein. Wichtig ist dabei aber das dritte Zitat, weil es die Quelle der Überschrift ist.

„Zwei Millionen Proletarier haben die Arbeit niedergelegt und protestieren gegen die ganze Jämmerlichkeit der jetzigen Regierung, geben ihrem Groll darüber Ausdruck, daß bis heute die dringendsten Forderungen des Proletariats nicht allein nicht erfüllt, sondern mit Füßen getreten worden sind.“

*Mitteilungsblatt des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin*, 4. März 1919

„Um die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das preußische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Niederbarnim den Belagerungszustand erklärt.“

*Der Vorwärts*, 4. März 1919

„Dieses Mal werden wir die ganze Arbeit machen, wir werden sie alle niederschlagen, und

es soll uns ganz gleichgültig sein, wenn Unschuldige darunter leiden.. (...) Wir haben am 9. November beide Augen zugeedrückt, jetzt gibt es kein Pardon mehr, jetzt gehen wir durch.“ Hauptmann Kurt von Hammerstein-Equord

„Ich habe festgestellt, dass die meisten der Toten in der schlimmsten Weise verstümmelt waren. Es war mir schwer, die Leiche meines Sohnes wiederzuerkennen, nur an der Kleidung konnte ich dies feststellen. Mein Sohn hat eine ganze Menge Beinschüsse bekommen. Daß die Matrosen vor der Erschießung in der fürchterlichsten Weise mißhandelt worden sind, beweist die Tatsache, daß meinem Sohn ein Auge und die Zähne ausgeschlagen waren.“

Vater eines erschossenen VMD-Mitglieds

„Getan habe ich, was ich gegenüber dem Reiche und dem Volke für meine Pflicht hielt. Ich scheue das Urteil unserer Nation nicht.“

Reichswehrminister Gustav Noske